

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

9. April 2020

Wochenbericht KW 15

forsa | Kantar | FG Wahlen

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 35 %, SPD bei 17 %
	Grüne bei 20 % bzw. 16 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Problemlösungskompetenz:	43 % trauen der Union zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu löser
Regierungszufriedenheit:	72 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Verbesserung der Pflege am wichtigsten Positive Beurteilung der Bundesregierung bei allen Aufgaben teils deutlich gestiegen
Wirtschaft:	64 % erwarten Verschlechterung der ökonomischen Lage – Höchstwert seit Juli 2008
Eigene finanzielle Lage:	Pessimistische Einschätzungen nehmen teils deutlich zu
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Kantar¹ für BamS	FG Wahlen ² für ZDF
CDU/CSU	37 (+1)	37 (+4)	35 (+2)
SPD	17 (+1)	17 (-1)	17 (+2)
FDP	6 (-)	6 (-)	5 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	7 (-1)
B'90/Grüne	16 (-1)	16 (-2)	20 (-2)
AfD	9 (-)	10 (-1)	10 (-)
Sonstige	7 (-1)	5 (-)	6 (-)
Erhebungszeitraum	30.0303.04.	0208.04.	0608.04.

Die Union liegt bei forsa 20 (-), bei Kantar 20 (+5) und bei FG Wahlen 18 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei forsa und Kantar bei 37 %. Dies ist der höchste von diesen Instituten gemessene Wert seit September 2017. Die Grünen liegen bei 16 % - dies ist der niedrigste Wert seit September 2018 (forsa) bzw. März 2019 (Kantar).

(Zeitreihen: forsa, Kantar, FG Wahlen)

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	43 (+3)	
SPD	7 (-)	
Grüne	4 (-1)	
sonstige Parteien	5 (-)	
keine Partei	41 (-2)	
Erhebungszeitraum	30.0303.04.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, gewinnt die Union auch in dieser Erhebung nochmals an Zustimmung.

Der Wert von 43 % ist der höchste seit September 2013 (kurz nach der Bundestagswahl).

Die Union liegt mit 36 (+3) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 39 (+4) Prozentpunkten deutlich vor den Grünen und nun auch knapp vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.

Die Grünen fallen erstmals seit gut einem Jahr unter die fünf Prozent.

(Zeitreihe)

2

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.04.2020)

² im Vergleich zur KW 13

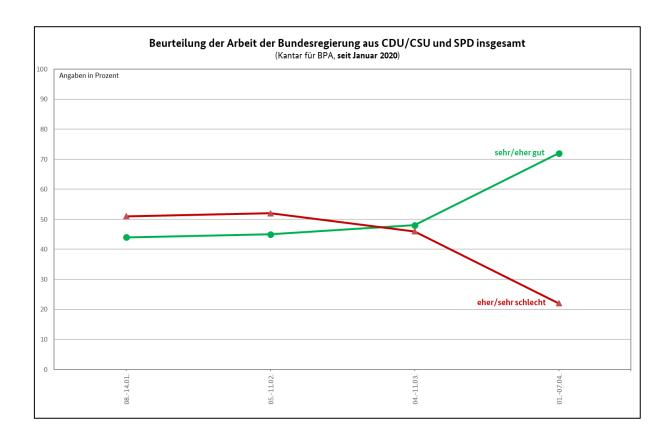
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im April 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 11

	Kantar für BPA	
sehr gut	9 (+6)	
eher gut	62 (+17)	
eher schlecht	18 (-16)	
sehr schlecht	4 (-7)	
Erhebungszeitraum	0107.04.	

Der Anteil derjenigen, die die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewerten, ist im Vergleich zum Vormonat erheblich gestiegen. Überdurchschnittlich häufig sind Anhänger der Union (89 %) und der SPD (87 %) dieser Meinung. Frauen sind häufiger zufrieden als Männer (77 % zu 67 %).

Anhänger der AfD (82 %) beurteilen die Arbeit der Bundesregierung als einzige mehrheitlich als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im April 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich a politische Aufgaben	sehr wichtig				wich		weni wich	_	unwi	htig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71	(-3)	28	(+4)	1	(-)	0	(-1)		
Bedingungen der Pflege verbessern	70	(+4)	28	(-3)	2	(-)	0	(-)		
Altersversorgung langfristig sichern	65	(-3)	33	(+4)	1	(-1)	1	(-)		
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61	(+1)	33	(-)	5	(-)	1	(-1)		
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59	(-)	38	(+2)	3	(-)	1	(-)		
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59	(-)	36	(+3)	4	(-1)	1	(-)		
Gesundheitswesen modernisieren	56	(+6)	36	(-4)	5	(-3)	1	(-)		
innere Sicherheit gewährleisten	52	(-4)	40	(+3)	7	(+3)	0	(-1)		
Steuerlast gerecht verteilen	51	(-4)	43	(+6)	4	(-2)	1	(-)		
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48	(+1)	43	(-2)	7	(+2)	1	(-)		
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46	(+4)	47	(+3)	6	(-6)	2	(-)		
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45	(-)	41	(+4)	12	(-1)	2	(-2)		
neue Technologien fördern	40	(+4)	48	(-)	9	(-3)	2	(+1)		
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38	(+3)	47	(-)	10	(+1)	4	(-2)		
Energiewende zügig vorantreiben	37	(-)	46	(+5)	13	(-4)	4	(-1)		
für bezahlbare Strompreise sorgen	36	(-)	47	(-2)	15	(+3)	1	(-1)		
deutsche Interessen in der EU vertreten	33	(-)	51	(-1)	11	(-1)	3	(+1)		
Zuwanderung von Ausländern regeln	32	(-6)	49	(+6)	14	(-)	4	(-)		
Verbraucherschutz stärken	27	(-2)	58	(+5)	12	(-2)	2	(-)		
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	26	(+3)	57	(-1)	13	(-1)	2	(-)		
deutsche Interessen im Ausland vertreten	21	(-4)	56	(+5)	18	(-1)	3	(-)		
Staatsschulden begrenzen	21	(-2)	51	(+2)	23	(+2)	4	(-)		
Erhebungszeitraum		'		010	7.04.					

Die Bildungspolitik und eine Verbesserung der Pflegebedingungen sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die <u>Bildungspolitik</u> wird von Anhängern der Grünen (80 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Ostdeutsche finden sie häufiger sehr wichtig als Westdeutsche (78 % zu 69 %), unter 50-Jährige häufiger als über 50-Jährige (75 % zu 66 %) und Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (75 % zu 63 %).

Die Aufgabe <u>"Bedingungen der Pflege verbessern"</u> wird von Frauen häufiger als prioritär angesehen als von Männern (77 % zu 62 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im April 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2020

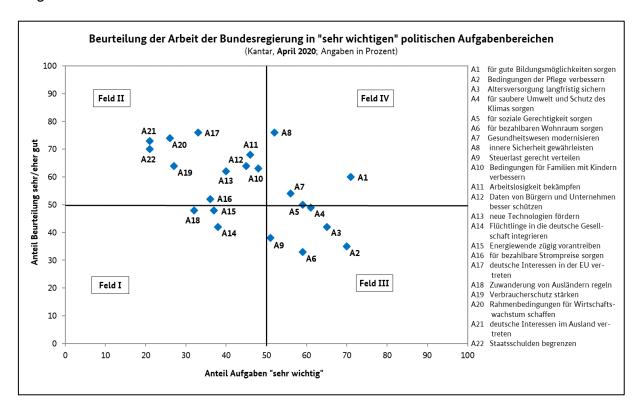
politische Aufgaben	sehr/eher gut		eher/sehr sc	hlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	76	(+11)	16	(-12)
innere Sicherheit gewährleisten	76	(+13)	20	(-14)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	74	(+11)	16	(-13)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	73	(+14)	18	(-14)
Staatsschulden begrenzen	70	(+8)	21	(-6)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	68	(+3)	27	(-4)
Verbraucherschutz stärken	64	(+6)	28	(-7)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	64	(+10)	30	(-8)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	63	(+4)	32	(-3)
neue Technologien fördern	62	(+6)	31	(-5)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	60	(+7)	36	(-7)
Gesundheitswesen modernisieren	54	(+6)	41	(-6)
für bezahlbare Strompreise sorgen	52	(+6)	41	(-8)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	50	(+5)	45	(-7)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	49	(+6)	47	(-7)
Zuwanderung von Ausländern regeln	48	(+12)	47	(-13)
Energiewende zügig vorantreiben	48	(+6)	48	(-6)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	42	(+2)	53	(-2)
Altersversorgung langfristig sichern	42	(+9)	54	(-9)
Steuerlast gerecht verteilen	38	(+8)	57	(-10)
Bedingungen der Pflege verbessern	35	(+1)	61	(-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	33	(+4)	64	(-3)
Erhebungszeitraum	_	010	7.04.	

Im Vergleich zum Vormonat ist in allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen.

In 14 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. In lediglich fünf Bereichen wird sie jeweils von einer Mehrheit als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im April 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als "sehr wichtig", so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als "sehr wichtig" betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als "sehr wichtig" eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als "sehr wichtig" betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Häfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen <u>"für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6)</u> und <u>"Bedingungen der Pflege verbessern" (A2)</u>, bei der <u>gerechten Verteilung der Steuerlast (A9)</u>, bei der <u>langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3)</u> sowie beim <u>Umwelt- und Klimaschutz (A4)</u>.

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier die Aufgabenbereiche <u>"innere Sicherheit gewährleisten" (A8)</u>, <u>"für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen (A1)"</u> und <u>"Gesundheitswesen modernisieren (A7)"</u> vertreten.

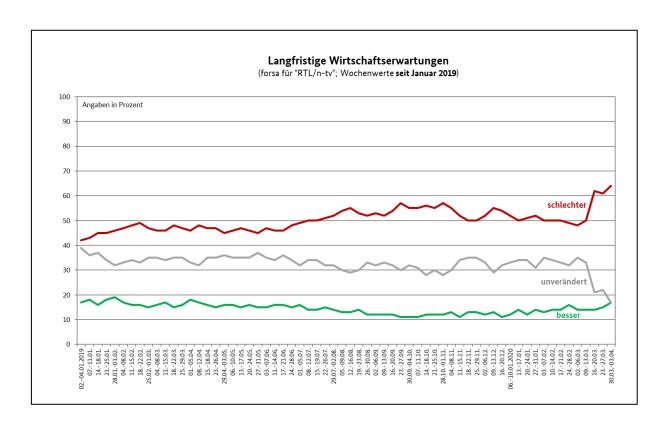
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17 (+2)	
schlechter	64 (+3)	
unverändert	17 (-5)	
Erhebungszeitraum	30.0303.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im letzten Monat deutlich verschlechtert. Der Wert von 64 % ist der höchste seit Juli 2008.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 47 (+1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



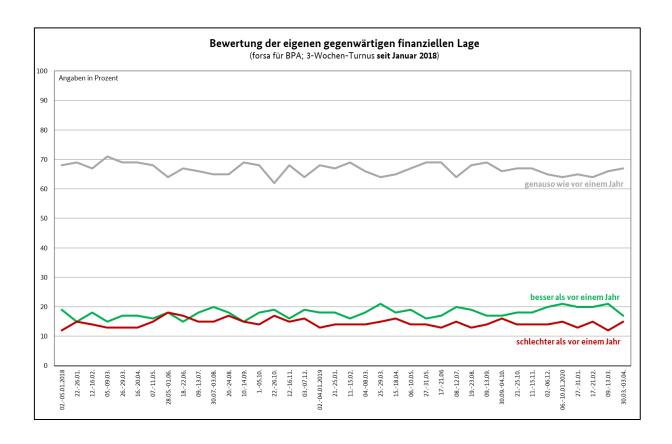
Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	17 (-4)
schlechter als vor einem Jahr	15 (+3)
genauso wie vor einem Jahr	67 (+1)
Erhebungszeitraum	30.0303.0	04.

Unter 45-Jährige nehmen häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 45-Jährige (27 % zu 12 %).

Anhänger der AfD (30 %) nehmen besonders oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (22 % zu 12 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (22 % zu 13 %).



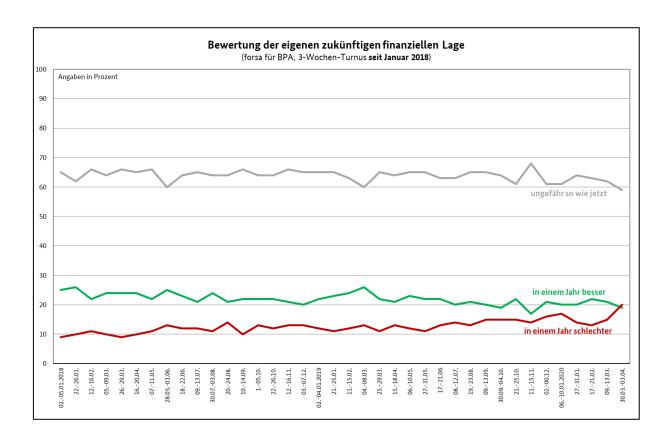
Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa ^{für} BPA
in einem Jahr besser	19 (-2)
in einem Jahr schlechter	20 (+5)
ungefähr so wie jetzt	59 (-3)
Erhebungszeitraum	30.0303.04.

Der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage erwarten, liegt erstmals seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 so nah an dem Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht. Anhänger der AfD (44 %) gehen besonders oft von einer Verschlechterung aus.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 45-Jährige (34 % zu 9 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (30 % zu 16 %).

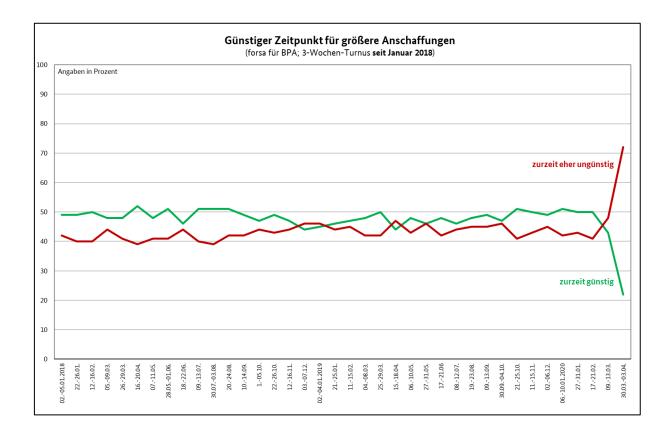


Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa ^{für} BPA
zurzeit günstig	22 (-21)
zurzeit eher ungünstig	72 (+24)
Erhebungszeitraum	30.0303.04.

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass zurzeit ein <u>ungünstiger Zeitpunkt</u> für größere Anschaffungen wäre, ist im Vergleich zur letzten Erhebung nochmals erheblich gestiegen – mittlerweile sind knapp drei Viertel der Bundesbürger dieser Meinung.



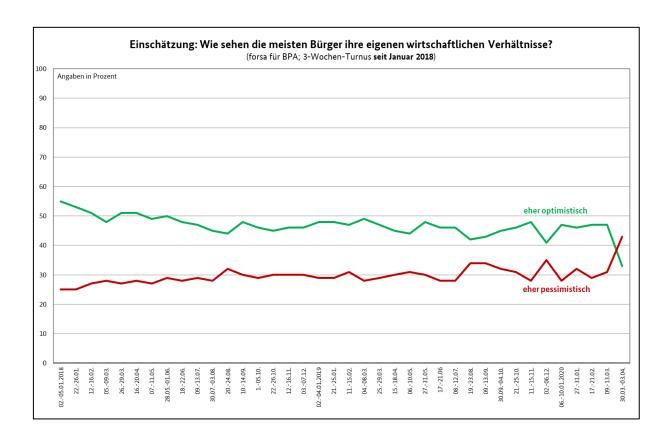
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA	
eher optimistisch	33	(-14)
eher pessimistisch	43	(+12)
Erhebungszeitraum	30.030	03.04.

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen, ist deutlich gestiegen. Er liegt damit erstmals seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 höher als der Anteil, der die Verhältnisse optimistisch beurteilt. Überdurchschnittlich oft sind 45- bis 59-Jährige (52 %) dieser Meinung.

Hingegen glauben Anhänger der SPD (45 %) besonders häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.



Wichtigste Themen

			_	
Angal	oen	ın	Pro:	zent

	forsa für BPA
Coronavirus	87 (-)
Allgemeine Wirtschaftslage	17 (+1)
Ausgangs- und Kontaktsperre	4 (-)
Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze	4 (-)
	0608.04.

Weiterhin beschäftigen sich die meisten Bundesbürger vorwiegend mit dem Coronavirus.

45- bis 59-Jährige (24 %) nennen die allgemeine Wirtschaftslage überdurchschnittlich häufig. Personen mit hoher formaler Bildung erwähnen das Thema häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (22 % zu 13 %).

